Jahrgang. Nr. 237. Einzelnummer 6.— Mk.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— Mk. Durch Austräger 30.— Mk. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionssprechst.: 5—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8337.

Mittwoch, 18. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mk. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 8gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mk.

Eine neue Hetze gegen die Kommunisten.

„Mit Gott für Kaiser und Reich!", so stand auf der großen, schwarz-weiß-roten Fahne geschrieben, mit der unter dem Schutz des Chefs der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums die Orgesch am Sonntag bewaffnet in den Zirkus Busch eingezogen ist. Zwei Schupobeamte und ein Zivilist tot, viele Arbeiter — viehisch mißhandelt und schwer verletzt —, das ist das Resultat dieses ersten Aufmarsches der offenen monarchistischen Gegenrevolution nach dem Rathenau-Mord.

Das milde Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die Meuchelmörder quittieren die deutschen Faszisten mit einem planmäßig organisierten, bewaffneten Ueberfall auf die Berliner Arbeiterschaft. Und der Berliner Polizeipräsident, der Sozialdemokrat Richter, stellt sich schützend vor die Feinde des Proletariats, vor die Feinde der Republik.

Vergeblich hatte die „Rote Fahne", vergeblich hatten die Funktionäre der Berliner Kommunistischen Partei den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter und den sozialdemokratischen Innenminister Severing auf die Mobilisierung der Truppen der Gegenrevolution aufmerksam gemacht. Die sozialdemokratischen Beamten wissen, was sie der Stinnes-Republik schuldig sind: sie führen die Schupobeamten unter ihren monarchistischen Offizieren gegen das Proletariat zum Schutz der „verfassungsmäßigen Versammlungsfreiheit für die, die den Massenschlächter Hindenburg zum Reichspräsidenten proklamieren und deren politisches Ziel der weiße Schrecken nach dem Muster Horthy-Ungarns ist.

Der offene, unverhüllte Schutz der bewaffneten Monarchisten durch die Behörden der Republik gegen die republikanischen Arbeiter: das ist die unvermeidliche Konsequenz der Koalitionspolitik der VSPD, das ist das erste politische Resultat der Vereinigung von Nürnberg, des „sozialistischen Machtzuwachses", den Wels und Crispien der Arbeiterschaft vorschwindeln.

Und jetzt, nachdem Blut geflossen ist, allein durch die Schuld dieser amtlich bestellten Hüter der Republik, wagt der Chef der Abteilung Ia, der Demokrat Dr. Weiß, der eigentliche Leiter der Sonntagsoffensive gegen die Kommunisten Berlins, der „Roten Fahne" und der Berliner Kommunistischen Partei mit der Anklage des Landfriedensbruchs zu drohen. Was aber haben die „Rote Fahne", was haben die Berliner Kommunisten anderes getan, als ihre selbstverständliche proletarische Pflicht erfüllt, wenn sie die Berliner Arbeiter auf die ungeheure Gefahr aufmerksam gemacht haben, die ihr von den bewaffneten Orgeschbanden droht? Oder ist es in der Republik, die es für ihre Pflicht hält, ihre bewaffneten Feinde gegen den Zorn des Proletariats „verfassungsmäßig" durch Arbeitermißhandlungen zu schützen, bereits eine Bedrohung der Verfassung, ein Bruch des Strafgesetzbuches, wenn das Proletariat aufgefordert wird, den Raum der öffentlichen Versammlung zu besetzen, um die monarchistische Kundgebung zu verhindern?

Wenn es dabei zu Zusammenstößen kam, wenn Blut geflossen ist, so trifft die volle Verantwortung die, die als Schützer der Republik ihre Pflicht gegen die Arbeiterschaft zugunsten der Monarchisten und Stinnes-Patrioten schmählich vernachlässigt haben.

Gummiknüppel sollen bei den Arbeitern gefunden worden sein. Hat aber der Regierungsrat Weiß die Orgeschleute im Zirkus Busch auf Waffen, auf Totschläger und Gummiknüppel untersuchen lassen? Weiß er, daß es zusammen mit den Schupooffizieren eben diese bewaffneten Orgeschbanden gewesen sind, die die waffenlosen Arbeiter mißhandelt haben?

Der Massenaufmarsch der Berliner Orgesch vom Sonntag ist der erste Erkundungsvorstoß der deutschen Faszisten, dem bald neue und größere folgen werden. Die deutschen Arbeiter sind gewarnt. Das Schicksal des italienischen Proletariats zeigt die Größe der Gefahr, die ihr von der deutschen Orgesch droht. Das deutsche Proletariat steht allein gegen diese Gefahr. Die VSPD., gebunden an die Stinneskoalition, ist zur Schützerin der deutschen Faszisten geworden.

Um ihre eigenen Todsünden bei der Brotpreiserhöhung, bei der Arbeitszeitverlängerung, bei der Begünstigung der Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft zu verschleiern, hetzt die VSPD. gegen die Kommunisten. Gerade deshalb müssen wir desto entschiedener arbeiten für die Sachwerterfassung, für die Arbeiterkontrolle, für den Kongreß der Betriebsräte!

Unerhörte Kommunistenverfolgungen.

In ganz Berlin wütete am Montag der Terror der Polizei und der Justiz gegen die Arbeiterschaft. Die Polizei selbst meldet, daß zahlreiche Verhaftungen in den Kreisen der Kommunisten vorgenommen worden sind. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Daß man eine Unterdrückungsaktion gegen die verhaßte Kommunistische Partei plant, geht aus diesen Meldungen ganz klar hervor. In welcher Richtung die Polizei vorzugehen gedenkt, zeigt die Tatsache, daß gegen den Sekretär unserer Berlin-Brandenburgischen Bezirksorganisation, Gen. Hans Pfeiffer, ein Haftbefehl ausgestellt wurde.

Diese Meldungen müssen die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei, alarmieren. Die Orgesch darf frei demonstrieren, die Reaktion erhebt überall ihr Haupt, die Behörden aber inszenieren Unterdrückungsaktionen gegen die Kommunistische Partei. Sollte die Regierung die Absicht haben, ein Kommunistengesetz zu erlassen?

Der politische Hintergrund dieser Hetze ist klar. Man fürchtet die Kommunisten, weil man weiß, daß die Arbeiter immer mehr Vertrauen zu ihnen fassen. Die Regierung tut nichts gegen das wirtschaftliche Elend der Massen und glaubt, durch Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei die Massen daran verhindern zu können, sich zu sammeln, um gegen das Bürgertum und seine Helfershelfer zu kämpfen. Aber mit allen Unterdrückungsmaßnahmen wird man auf Granit stoßen. Die Arbeiterschaft wird aus alledem nur doch deutlicher erkennen, daß allein die Kommunisten imstande sind, den Kampf des gesamten Proletariats gegen die Reaktion durchzuführen.

Die Schupo-Offiziere

Während die unteren Beamten sich im allgemeinen äußerst ruhig benahmen, taten die Offiziere alles, um den Konflikt zu verschärfen. Hinten im Zirkus war im Pferdestall eine Prügelkammer eingerichtet worden, vor der eine mit Gummiknüppeln bewaffenete Orgeschformation Aufstellung genommen hatte. Jeder der dort hinein kam, wuede blutig geschlagen. Es wurde beobachtet, wie zwei Schupobeamte einen Festgenommenen in den Pferdestall hineinstießen, wo er von dem einen Schupobeamten an der Gurgel gepackt, gewürgt und mit dem Kopfe gegen die Wand geschlagen wurde. Dem Zeugen dieses Vorganges wurde, als er bemerkt wurde, von einem Stallknecht des Zirkus bedeutet, daß er sich sofort aus dem Gebäude zu entfernen habe, da er sich sonst des Hausfriedensbruchs schuldig mache. Polizeibeamte, die aufgefordert wurden, einen sich wie wahnsinnig gebärdenden und schlagenden Schupobeamten festzustellen, verweigerten das.

Auch in der Wache am Monbijouplatz wurden Jugendliche blutig geschlagen, wofür Zeugen ebenfalls genannt werden können.

Zu ähnlichen Vorgängen kam es durch die provozierenden Befehle von Schupooffizieren, die schnellere und energische Räumung der Straßenzüge befahlen, wodurch sich einige Schupobeamte zu Tätlichkeiten gegenüber den Demonstranten hinreißen ließen.

Die unteren Schupobeamten.

Dagegen hörte man aus dem Munde anderer Schupobeamte die Bemerkung: „Nachdem das Polizeipräsidium die Warnung der „Roten Fahne" nicht beachtet hat, müssen wir jetzt die Suppe ausfressen, und die beiden Kameraden, die wieder draufgegangen sind, kommen auf das Konto dieser Unterlassung."

Die „Volkswacht" verteidigt die hohe Polizei.

Sie verstrickt sich in Widersprüche, nur um zu beweisen, daß die Kommunisten an der Orgeschprovokation schuld sind, und daß die Regierung, insbesondere der VSPD.-Mann Richter, engelrein sind.

Am Montag, den 16. Oktober, schrieb die „Volkswacht":

„Das Verhalten der verantwortlichen Behörden erscheint uns unverständlich. Seit wann ist es üblich, daß man ganze Straßenzüge absperrt und nur passieren läßt, wer schwarz-weiß-rote Abzeichen und Hakenkreuze trägt und sich durch einen Ausweis des Bundes für Freiheit und Ordnung legitimieren kann? Konnte die Versammlung nicht einfach verboten werden, weil man wußte, was die Kommunisten vorhatten? Muß in der Oeffentlichkeit immer wieder den Eindruck erweckt werden, als seien die Anhänger der Rathenaumörder die Lieblinge der Republik?

Nun ist jedoch der Volkswacht das Licht aufgegangen. „Aus Berlin wird uns geschrieben", berichtet die Volkswacht am Dienstag, den 17., wobei sie ihre parteioffizielle Meldung wiedergibt:

„Der Bund für Freiheit und Ordnung" ist eine Organisation zur Organisierung des Streikbruchs, eine schwarz-weiß-rot-hakenkreuzlerische Gesellschaft. In seiner Versammlung ließ man den Mörder Techow hochleben, schwenkte man schwarz-weiß-rote Fahnen mit der Inschrift „Für Kaiser und Reich", kurz, man benahm sich dort so, daß ein Verbot der Versammlung auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wohl berechtigt gewesen wäre. Ein Verbot der Organisation und ihrer Veranstaltungen ist aber bisher unterblieben, und zwar aus einem sehr eigentümlichen Grunde. Der Bund konnte nämlich nachweisen, daß seinem Vorstand nicht bloß volksparteiliche Abgeordnete wie Herr Geißler, sondern auch Zentrumsführer, wie der Abgeordnete und deutsche Gesandte in Wien, Dr. Pfeiffer, sowie der Demokrat Kopsch als Mitglieder angehören. Dagegen konnte der Berliner Polizeipräsident nicht ohne weiteres vorgehen, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, eine gegen seine eigene Partei gerichtete Vereinigung aus allen bürgerlichen Kreisen willkürlich unterdrückt zu haben. Hätte die Versammlung im Zirkus Busch diesmal noch ungestört stattfinden können, so wäre der Austritt der genannten bürgerlichen Politiker aus dem Bunde und sein polizeiliches Verbot die voraussichtliche Folge gewesen."

Noch lächerlicher als diese Rechnung auf den freiwilligen Austritt der „gemäßigten" Bürgerlichen aus dem „Ordnungsbunde" sind die Reinwaschungsversuche der „Volkswacht" an Richter selbst.

„Da die Polizei die Versammlung nicht verboten hatte, — gleichgültig, ob es richtig war, sie nicht zu verbieten — blieb ihr gar nichts anderes übrig, als die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit und das Leben der Versammlungsbesucher gegen offen zur Schau getragene Angriffsabsichten zu schützen."

Daß zu diesem Zwecke von vornherein ein ganzer Stadtteil abgesperrt war, den nur einer mit Passierschein des „Ordnungsbundes" betreten durfte, daß die Schupooffiziere mit Gewehrkolben und Seitengewehren darauf loshieben, Gummiknüppel wie wild gebrauchten, das gehört nach der „Volkswacht" zur Sache.

Dieses Verhalten der Volkswacht ist selbstverständlich für das Blatt der Partei, die für den kapitalistischen Staat die Polizei stellt um die Arbeiterschaft niederzuhalten, für das Blatt einer Partei, die öffentliche Versammlungen unter Polizeischutz abhält, wo der Arbeiterstaat Sowjetrußland beschimpft wird, wo für die Befreiung kämpfende Arbeiter von einem Arbeitermörder Kuttner geschmäht werden. Das Blatt der Noskiden wird seinen Richter in Schutz nehmen, der mit der Reaktion unter einer Decke steckt, wie sein eigener Ausspruch einem Vertreter des Wolff-Büro gegenüber es beweist:

„Die Prüfung hat ergeben, daß es sich im Zirkus Busch nicht um eine Veranstaltung handelte, die nach dem Gesetz zum Schutze der Republik zu verbieten wäre."

Und um Richter zu retten, lügt die „Volkswacht" vom verhältnismäßig kleinlauten Verhalten der „Roten Fahne" am Montag (in Wirklichkeit ruft die „Rote Fahne" zu einer Protestkundgebung für den 16. Oktober auf und sagt an erster Stelle klipp und klar: „Die Republik im Bunde mit der Orgesch!").

Ebenso unverschämt ist die Lüge der Volkswacht, von der kommunistischen Funktionärversammlung, „wo es fast Prügel gab" und von der „Mobilmachung der Obdachlosen" (übrigens vom 8-Uhr-Abendblatt abgeschrieben). Aber die Breslauer Arbeiterschaft weiß schon, daß, wenn die „Volkswacht" über Kommunisten schreibt, jeder Satz mehr Lügen als Worte enthält.

Gegen den Faszismus.

Die Kommunistische Fraktion hat im preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Antrag
der Abgeordneten Katz, Geschke, Pieck, Schultz-Neukölln und Genossen.

Am Sonntag, den 15. Oktober 1922, haben die preußischen Faszisten ihren bewaffneten Kampf gegen die Republik und die Arbeiterschaft eröffnet. Nicht mehr als 200 Schwerbewaffnete besetzten unter der Firma „Bund für Freiheit und Ordnung" den Zirkus Busch, um den Sieg der Rathenaumörder vor dem Staatsgerichtshof zu feiern und den Massenschlächter Hindenburg zum Reichspräsidenten zu nominieren.

Obwohl das Berliner Polizeipräsidium von diesem bewaffneten Aufmarsch durch die „Rote Fahne" in Kenntnis gesetzt war, wurde der Aufmarsch von ihm weder verhindert, noch wurden von ihm Maßnahmen getroffen, um die Arbeiterschaft vor den Gewalttaten der Orgesch zu schützen.

Mit Dolchen, Messern und anderen gefährlichen Waffen stürzten sich die Orgeschleute auf die in der Ver-

sammlung anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen, verletzten viele Arbeiter schwer und töteten den Arbeiter Piesko. Als endlich die Polizei eingriff, ging sie nicht etwa gegen die bewaffneten Orgeschleute vor, sondern gegen die wehrlosen Arbeiter und Arbeiterinnen. Zahllose Arbeiter wurden durch Polizeibeamte verwundet, die allmählich herbeieilenden Samariter wurden verhaftet, selbst ihre Tragbahren und Verbandsstoffe wurden beschlagnahmt. Im Zirkus Busch selbst wurde von den Schupooffizieren eine besondere Prügelkammer eingerichtet, in der Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Grausamste mißhandelt wurden.

Ungehindert konnte die Orgesch ihre monarchistische Demonstration beenden; die Polizei sorgte dafür, daß bei Beendigung der Demonstration die Orgesch mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles" unbehelligt und geschlossen durch die Straßen ziehen und eine große schwarz-weiß-rote Fahne mit der Aufschrift: „Mit Gott für Kaiser und Reich" durch die sogenannte Bannmeile führen konnten.

Statt daß die Polizei des Sozialdemokraten Richter die Orgesch entwaffnete, nahm sie umgekehrt auf Veranlassung des Polizeipräsidenten Richter selber unter Führung des Oberregierungsrats Dr. Weiß in allen Arbeitsräumen der Berliner Kommunistischen Partei und der Berliner kommunistischen Abgeordneten Haussuchungen vor.

Die Kommunistische Fraktion erhebt gegen diese Begünstigung der Orgesch schärfsten Protest und beantragt, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium aufzufordern

1. den Berliner Polizeipräsidenten Richter sofort seines Amtes zu entheben;
2. alle wegen der Orgesch-Demonstration verhafteten Arbeiter und Arbeiterinnen sofort aus der Haft zu entlassen und alle gegen sie anhängig gemachten Verfahren einzustellen;
3. den bei der Orgesch-Demonstration beschädigten Arbeitern und Arbeiterinnen aus Staatsmitteln vollen Schadenersatz zu leisten;
4. den sogenannten „Bund für Freiheit und Ordnung" und alle übrigen konterrevolutionären Organisationen in Preußen sofort zu entwaffnen und aufzulösen;
5. in allen Gemeinden Preußens sofort eine bewaffnete Ortswehr zu schaffen, die nur aus freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten besteht.

Berlin, den 16. Oktober 1922.

Die Republik den Mördern!

Ernst Werner Techow, der einzige überlebende der drei Mörder Rathenaus, hat vor dem Staatsgerichtshof wegen Beihilfe zum Mord fünfzehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust bekommen. Der Strafantrag lautete auf Tod und konnte nach dem Schutzgesetz und sogar nach dem gewöhnlichen Strafrecht gar nicht anders lauten. Die Richter des Staatsgerichtshofes aber haben im letzten Augenblick entdeckt, daß Techow, der an den Vorbereitungen zum Mord teilnahm und das Mordautomobil lenkte, nicht des Mordes, sondern nur der Beihilfe schuldig ist. Diese „Beihilfe" kam dadurch zustande, daß der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes den Techow im letzten Augenblick beschwor, sich als den Vergewaltigten hinzustellen, der nur unter Todesandrohung seines toten Mittäters Kern an der Tat mitgewirkt habe. Techow „gestand", daß es sich so und nicht anders verhalten habe. So bleibt der Mörder Rathenaus trotz aller Todesandrohungen des Schutzgesetzes am leben.

Das Ergebnis des Rathenauprozesses ist ein so eigentümliches, daß es selbst den strammsten sozialdemokratischen Arbeiter stutzig machen muß. Zwar ist es in Deutschland keine neue Tatsache mehr, daß die bürgerliche Justiz revolutionäre Arbeiter zu Todes- und schweren Zuchthausstrafen verurteilt — wie im Falle Max Hoelz, dem der Mord an einem mitteldeutschen Gutsbesitzer nicht nachgewiesen werden konnte —, daß sie aber konterrevolutionäre Mörder und Verschwörer frei ausgehen läßt, oder mit lächerlich milden Strafen belegt. Das Neue ist jedoch, daß es sich hier nicht um ein gewöhnliches Gericht, sondern um den „zum Schutz der Republik" eigens geschaffenen Staatsgerichtshof handelte, das einzige Organ, das dazu geschaffen wurde, die Gesetze „zum Schutz der Republik" gegen die konterrevolutionären Umtriebe durchzuführen. Der Rathenau-Mordprozeß war die erste Probe für die Tauglichkeit des Staatsgerichtshofes, er hat seine vollkommene Untauglichkeit erwiesen.

Kein Wunder. Ist doch der Staatsgerichtshof Fleisch vom Fleisch der Bourgeoisie, Fleisch vom Fleisch Techows woran die Teilnahme sozialdemokratischer, teils sogar ehemalig unabhängiger Richter und Beisitzer, die im übrigen kaum den Mund aufmachten, nicht das Geringste ändert. Die Bourgeoisie hat aber heute weniger denn je ein Interesse daran, mit den illegalen Verschwörerorganisationen abzurechnen. Diese Organisationen sind ihr nicht gefährlich, weil sie eigene Ziele nur sehr beschränkt verfolgen können, im ganzen sich ihr unterordnen müssen, sie braucht sie aber höchst notwendig, um bei entstehenden Konflikten die Arbeiterschaft niederzuschlagen, und sie bedient sich ihrer um so lieber, als sie dem unmittelbaren Einfluß der Staatsmacht entzogen sind. Einen ernsten Gegensatz zwischen Monarchisten und Republikanern gibt es nicht mehr, weil es wirkliche Monarchisten nur noch in verschwindender Anzahl gibt: das Gros der Bourgeoisie ist republikanisch, weil die Republik die zweckmäßigste Form der Herrschaft der Großbourgeoisie geworden ist.

Die Großbourgeoisie geht heute darauf aus, sich in der Republik möglichst häuslich einzurichten, und dazu braucht sie die weißen Organisationen als Reservetruppen ebenso, wie die reformistischen Sozialdemokraten als Deckschild gegenüber der Arbeiterschaft. Die Kräfte so im Gleichgewicht zu halten, daß der Anschein einer über den Klassen stehenden Staatsmacht, einer Volksherrschaft entsteht, das ist das Ziel ihrer maßgebenden Führer und ihres geschicktesten Helfers, des Präsidenten Ebert. Die große Koalition soll die Krönung dieses Werkes sein. In ihr soll der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgelöscht werden. In ihr soll der Schutz der Republik zum Schutz der Milliardenprofite und der Steuerfreiheit der großen Geldsäcke werden.

Der Staatsgerichtshof hat für die große Koalition Vorarbeit geleistet. Er hat die ganze große Massenbewegung nach dem Rathenaumord, die ganze Schutzgesetzgebung und sich selbst als höchst überflüßig, ja schädlich erklärt. Er setzt an Stelle des Kampfes gegen die monarchistischen und republikanischen Aussauger und Unterdrücker der Arbeiterschaft, dem er in letzter Instanz entsprang, die Interessensolidarität aller Ausbeuter und ihrer willigen Helfer, aller derer, die bereit sind, die weitere Existenz der Kapitalherrschaft zu sichern.

Die Rechnung hat jedoch ein Loch. Die Illusionen der Arbeiterschaft, von der große Teile in der demokratischen Republik die einer Herrschaft der Arbeiterklasse angemessene Staatsform, in ihrer Einführung eine grundlegende Umwälzung gegenüber dem bürgerlich-feudalen Militärstaat erblicken, sind immer mehr im Schwinden begriffen. Der Kapp-Putsch, in dem die bürgerlichen Kräfte in einem letzten Kampf gegeneinander lagen, nährte diese Illusion zum letzten Male. Seitdem hat die demokratische Republik ihren reaktionären, arbeiterfeindlichen Charakter voll entwickelt. Sie hat die Arbeiterrechte nicht erweitert, sondern geschmälert. Sie hat den Uebergang zur sozialistischen Produktionsweise nicht beschleunigt, sondern hinausgeschoben. Sie hat die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in einem unerhörten Maße herabgedrückt. Sie hat ihren Unterdrückungscharakter gegenüber der Arbeiterschaft auf allen Gebieten vorab auf dem der Justiz, aufs äußerste ausgebildet. Sie hat sich unfähig gezeigt, der Arbeiterschaft sogar das Maß an Freiheit und materiellen Gütern zu lassen, das für den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung erforderlich ist. Sie ruiniert die Arbeiterklasse und ist dabei nicht imstande, die Forterxistenz der Bourgeoisie zu gewährleisten.

An dieser Republik, an der Republik des Stinnes und seines Statthalters Ebert, hat die Arbeiterschaft kein Interesse. All ihre Organe mit Einschluß des „revolutionären" Staatsgerichtshofs sind Klassenwerkzeuge [der] Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft muß ihre eigenen Kl[as]senorgane ausbilden zur Sicherung ihrer Lebenshaltu[ng] sowohl wie zur Erkämpfung ihrer politischen Ma[cht]. Ihre politische Macht, die Diktatur des Proletaria[ts] kann sie nur erringen durch die Zertrümmerung a[ller] Klassenorgane der Bourgeoisie, durch Zertrümmerung [des] bürgerlichen Staates selbst.

Schlesische Rundschau.

Das „Neue Tageblatt" Waldenburg wirbt f[ür] die Orgesch.

Im Waldenburger „Neuen Tageblatt", Sonnabend-Au[s]gabe, finden wir folgende Annonce:

> **Treue Menschen,**
> die am geistigen und sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes mitarbeiten u. selbst ein aufsteigendes Leben führen wollen, nimmt noch über ganz Deutschland verbreiteter Bund auf. Nur Blutsdeutsche woll. Anschriften unter **„Aufstieg A. 7712**
> an die Geschst. d. Bl. send.

Das sind die Werbeorgane der zahlreichen, über d[as] ganze Reich verbreiteten treu- und blutsdeutschen Mörderor[]ganisationen. Derjenigen, die Walter Rathenau meuchlin[gs] niederknallten, die in Berlin erst am Sonntag blutige Kr[a]valle provozierten und sich darin üben, Arbeiter niederzu[]knallen.

Und für solche Organisationen wirbt das „Neue Tag[e]blatt"! Nicht allein dadurch, daß es die Annonce aufnimm[t]. **Das „Neue Tageblatt" nimmt Anmeldungen für die Mörd[er]organisation entgegen.**

Nun wird wohl den Arbeitern, die noch immer dies[es] bürgerliche Blatt gelesen haben, ein Licht aufgehen, und [sie] werden es aus ihrem Hause entfernen. Dafür aber die Ze[i]tung bestellen, die wirklich Arbeiterinteressen fördert. Un[d] das ist in Schlesien nur die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

Die ärztliche Behandlung der Landarbeiter.

Welch unglaubliche Zustände auf diesem Gebiet no[ch] herrschen, zeigt die Zuschrift eines Landarbeiters:

„Ich will einmal schildern, wie der Dr. Unglaube i[n] Prausnitz Landarbeiter behandelt. Früher mußten wir an[]statt in einem Wartezimmer auf der finsteren Treppe un[d] im Winter bei der Kälte warten. Jetzt, nachdem wir end[]lich einen zweiten Arzt in Prausnitz haben, hat Dr. Un[]glaube sich ein Wartezimmer zugelegt. Nun zu meiner jetzige[n] Sache. Ich begab mich am 6. 1. 22 zu Dr. Unglaube, wei[l] wir, ohne darüber befragt zu werden, einfach vom Inspekto[r] den Krankenschein auf Dr. Unglaube ausgestellt kriegen. Ic[h] hatte furchtbare Schmerzen im Gesäß. Zuerst wurde mi[r] eine Salbe zum einschmieren gegeben. Die Schmiere hal[f] nichts. Dann wurde ich am 11. 1. 22 operiert. Am 18. 2

Die französischen Bergarbeiter an ihre deutschen Kameraden.

In alle Bergbaugebiete der Welt ist bereits die Nachricht von dem nahenden Kampf des französischen Bergarbeiters gedrungen.

Nach dem englischen und amerikanischen Grubenkapital geht nun das französische zum Angriff über.

Sein Angriffsziel ist der Achtstundentag und ein weiterer Lohnabbau.

Ohne jeden wirtschaftlichen Grund treiben die französischen Zechenbesitzer die Bergarbeiter in den Verzweiflungskampf.

Im lothringischen Kohlenbergbau z. B. ist der Lohn 2- bis 3mal so hoch wie 1914, während die Kohle 6- bis 7mal den Preis von 1914 erreicht hat. Die Kohlenförderung hat diejenige von 1914 überschritten. Die Zechengewaltigen haben eine nie gekannte Macht erreicht. Mit den aus der Bergarbeiterschaft herausgepreßten skandalösen Gewinnen bringen sie die gesamte Industrie des Landes und die Wohnstätten der Arbeiterschaft in ihre Abhängigkeit. Sie setzen sich mit dem Schweiß der Arbeitssklaven des lothringischen Bergbaues auch in den wichtigsten Industrien des Auslandes fest und spielen für die Befriedigung ihrer Raubgelüste die Völker gegenseitig aus. Auch im übrigen Frankreich herrscht die Allgewalt des Grubenkapitals. Die Eisenbahnen können den Grubenverwaltungen des Nordens nicht genug Wagen zum Abtransport der Kohle stellen.

Die Reparationskohle, zu deren Förderung man Euch deutsche Kameraden zwingt, alle Tage eine Ueberstunde zu verfahren, muß ebenfalls herhalten, nicht nur um die Gewinne Eurer, sondern auch der französischen Grubenmagnaten zu steigern. Wie die deutsche Rübe zum deutschen Inlandskurs aufgekauft und der Zucker als Auslandszucker verkauft wird, so bekommen die französischen Grubenbesitzer die Reparationskohle zum deutschen Inlandspreis geliefert und verschieben sie zum Preise des französischen Kohlenmarktes.

Der Kampf des amerikanischen Bergarbeiters, der die amerikanische Förderung um über 85 Millionen schmälerte, die großen nicht aus Frankreich kommenden Aufträge der englischen und belgischen Gruben, das Wiederaufleben der französischen Industrie halten zur Zeit jede ernsthafte, ausländische Konkurrenz vom französischen Kohlenmarkt fern. Das Grubenkapital regelt den Kohlenmarkt, schließt in den kleineren Zentren die uneinträglichen Gruben und macht Tausende Bergarbeiter brotlos. Die Reparationskohle liefert ihm und darüber hinaus auf billigere Weise den dadurch entstandenen Produktionsausfall.

Warum geht das Kapital in dieser Zeit eines guten Geschäftsganges zum Angriff über? Die erzielten Wuchergewinne genügen ihm nicht, es will mit der Kraft des französischen Bergarbeiters einen vollständigen Raubbau treiben und aus den Leibern dieser Arbeitssklaven in einer Neun- bis Zehnstundenschicht und mit ungenügenden Löhnen seine internationalen Weltbeherrschungspläne durchführen. Das Kapital glaubt den französischen Bergarbeiter abgekämpft, es glaubt, die Uneinigkeit der proletarischen Organisationen sowie das Ausbleiben der internationalen Aktion würde dem Bergmann keines neue Kampfeskraft geben.

Das französische Kapital muß sich irren!

Die Einheitsfront ist in Frankreich gebildet. Sie muß international werden.

Vor allem muß die deutsch-französische Solidarität der Bergarbeiterschaft eine vollkommene sein. Deutsche Kameraden, Euer Kampf ist der unsere! Unser Kampf ist de[r] Eure!

Kämpft Ihr und liefert nicht durch das alliierte Kapital Euch aufgezwungene Reparationskohle, so erwarten Euch hohnsprechende Zwangsmaßnahmen der kapitalistischen Sieger! Wie das Abkommen Stinnes-Lubersac zeigt, entreißt der Friedensvertrag von Versailles der deutschen Arbeiterschaft ihre in blutigen Kämpfen errungene siebenstündige Arbeitsschicht.

Kämpft der französische Bergmann, so bildet die Lieferung der Reparationskohle einen entschiedenen Streikbruch. Tausende Bergarbeiter in den kleineren Zentren werden durch die Reparationskohle brotlos gemacht.

Die Sklavenketten, in die der Friedensvertrag von Versailles das deutsche und das französische Proletariat schmiedet, müssen fallen!

Deutsche Kameraden! Wir müssen die Einheitsfront bilden zur einmütigen Bekämpfung der Zwangsmaßnahmen jeder Art des internationalen Kapitals gegen Euch. Der französische Bergarbeiter wird eintreten für Eure erkämpften Rechte und für die endgültige Machtergreifung durch das deutsche Proletariat.

Dafür fordern wir von Euch, weiter gegen das Ueberschichtenabkommen zu kämpfen und auf Eure Organisationen zu wirken, daß diese das Ueberschichtenabkommen kündigen.

Bei einem Ausbruch des französischen Kampfes darf keine Tonne Reparationskohle, einschließlich Koks, noch sonstige Kohlenlieferungen nach Frankreich geliefert werden. Auch müßt Ihr dafür sorgen, daß nicht mehr Kohle als bisher in das nichtfranzösische Ausland geliefert wird, damit diese nicht auf Umwegen nach Frankreich kommt. Ohne den Ruhrkoks kann die französische Schwerindustrie nicht leben. Verhindert deshalb beim Kampfausbruch die Kokslieferungen!

Nur durch unsere gegenseitige Hilfe werden die kommenden Kämpfe gewonnen werden!

Die Arbeiterschaft verlangt internationale Aktion. Sie hat den Glauben an die Landeskämpfe verloren.

Der Frankfurter Kongreß der Amsterdamer Internationale hat die Frage der Weltaktion nicht gelöst. Er hat sie auf den nächsten Kongreß in zwei Jahren vertagt.

Deutsche Kameraden, wir können nicht solange warten. Bis dahin muß der gemeinsame Kampf gewonnen sein!

Dafür fordern wir von Euch, weiter gegen das Uebernalen Kampf bereit. Die französische Bergarbeiter-Einheits-Föderation (G. O. T. U.), die Rote Gewerkschafts-Internationale und die reformistische Bergarbeiter-Föderation (G. O. T.) fordern zur internationalen Kampfgemeinschaft auf.

Bergarbeiter Deutschlands, es liegt an Euch, die Einheitsfront der internationalen Bergarbeiterschaft zu schaffen. Veranlaßt Eure Organisationen zum Handeln. Sie sollen mit den französischen Organisationen die Kampfgemeinschaft bilden. Damit endlich die Internationale aufhört, eine papierne zu sein, um eine Internationale der Tat zu werden.

Nur durch den internationalen Kampf wird der Friedensvertrag von Versailles und seine Sklavenketten fallen und die Verbindung des deutsch-französischen Proletariats eine vollständige sein.

Deutsche Bergarbeiter, verhindert deshalb den Streikbruch durch Förderung der Reparationskohle.

Durch Kampf zum Sieg!

Der Französische Bergarbeiterverband.

Der Elsaß-lothringische Bergarbeiterverband.

wurde ich aus dem Krankenhaus entlassen. Die Schmerzen waren noch so, daß ich nicht gehen konnte und nach Hause gefahren werden mußte. Zwei Wochen später kam unser Gutsinspektor im Auftrage des Arztes, um mich zur Arbeit zu holen, trotzdem ich kaum laufen konnte, was ich auch heute noch schlecht kann. Zur Arbeit konnte ich nicht. Darauf ging der Inspektor wieder zum Arzt. Letzterer sagte dem Inspektor, ohne mich untersucht zu haben: „Der kann arbeiten, der ist zu faul, der müßte Hiebe übern A... kriegen, dann würde er schon arbeiten".

Jetzt sollte ich durch den Kreisarzt untersucht werden. Da ich aber den Weg von 10 Kilometern bis zur Bahn kaum gehen konnte, bat ich den Gutsherrn — Inspektor, mir eine Fuhre zu stellen. Das wurde nicht bewilligt.

Nachdem fand dann die Untersuchung nebst Behandlung in Breslau statt, ich war dort zwei Monate im Krankenhaus, wohl sicher, weil ich nach Ansicht des Dr. Unglaube zu faul zum Arbeiten war. Gelegentlich der Behandlung in Breslau frug ich, wie es mit mir steht. Als Antwort erhielt ich, das ist jetzt verpfuscht und schlecht zu heilen. Man ist ja bloß Landarbeiter, da kann man schon so mit einem umgehen. Wie lange noch? Bis die arbeitende Bevölkerung mit dem jetzigen System ein Ende macht. Deshalb Landarbeiter, schafft alle mit an dem edlen Werk und werdet klassenbewußte Kämpfer. Schließt euch der Kommunistischen Partei an. Dann wird auch uns geholfen werden.

Ein Landarbeiter, der durch eine verpfuschte Behandlung jetzt Invalide ist.

Rote Hilfe.

Beim Bezirkskomitee gingen weiter ein:

Ortsgruppe Meffersdorf	314.—	M
„ Langenöls	70.—	„
„ Schoßdorf	77.—	„
Ausflug nach Greifenberg	180.—	„
Ortsgruppe Liebau (Karten)	185.—	„
Schönberg (2 öffentl. Vers.)	159.—	„
Linda (1 öffentl. Vers.)	155.—	„
Kath. Hennersdorf	73.—	„
Ortsgruppe Gelbsdorf	150.—	„
„ Altwasser (Liste)	14.—	„
Betriebsvers. Bahnmeisterei 7	150.40	„
Rote Hilfe P.	10.—	„
Klose, Liegnitz	50.—	„
Steine, ögentl. SPD.-Versammlung	28.—	„

Rote Hilfe, Bezirkskomitee Schlesien.

Zur Beachtung!

Unsere Firma ist unter dem Wortlaut:

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. mit dem Sitz in Berlin, Planufer 17

in das Handelsregister eingetragen.

Alle Zuschriften betreffs Broschüren- und Bücherbezug sind in Zukunft nur noch an diese Firma zu richten.

Das Postscheckkonto der neuen Firma ist:

Berlin Nr. 140560.

Alle Zahlungen für ab 1. Oktober bezogene Bücher und Broschüren sind in Zukunft ausschließlich auf dieses Konto zu leisten.

Die Firma für die gesamten Zeitschriften der Partei lautet auch in Zukunft weiter:

„Viva" Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G.m.b.H. (Frankes Verlag) Berlin SW. 61, Planufer 17.

Das Postscheckkonto für alle Zeitschriften-Zahlungen ist das Konto von Frankes Verlag, Berlin NW 7, Nr. 115551.

Wir bitten, diese Trennung genauestens zu beachten, damit unnötige Verbuchungen und Korrespondenzen vermieden werden.

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag)
Berlin SW. 61, Planufer 17.

Verhindert die Massenentlassungen.

Arbeiter und Angestellte der städtischen Werke! Der Kampf ist unvermeidlich. Nur Euer geschlossenes Auftreten sichert den Sieg!

Die Massenentlassungen, die vom Magistrat und von der Stadtverordnetenversammlung mit samt ihrer sozialdemokratischen Mehrheit beschlossen wurden, sollen jetzt Wirklichkeit werden. Hunderte von städtischen Arbeitern und Angestellten, insbesondere Straßenbahner, sollen aufs Pflaster fliegen. Jetzt, wo der Winter vor der Türe steht, wo das Elend des Proletariats durch die Kälte ohnehin vergrößert wird, in dieser Zeit will der Magistrat viele von euch auch noch der Arbeitslosigkeit überliefern. Wißt ihr, welches Los euch trifft? Eure Kinder werden mit verfrorenen Gliedern in der kalten Stube hocken, werden nach Brot schreien. Und ihr werdet arbeitslos in den Straßen umherirren, frierend, mit knurrendem Magen.

Das ist das Schicksal, das viele von euch betrifft, wenn ihr euch nicht rechtzeitig zur Abwehr erhebt. Euch alle betreffen die Massenentlassungen.

Bei der Straßenbahn

sollen allein vom Fahrpersonal — außer den vielen schon vorgenommenen Entlassungen — **noch weitere 500 Mann entlassen werden.** Erst in den letzten Tagen erhielten viele Straßenbahner ein Kündigungsschreiben. Ebenso werden von den Arbeitern und Handwerkern sehr viele zur Entlassung kommen und selbst den Beamten wurde zu verstehen gegeben, daß sie sich möglichst bald nach einer anderen Stelle umsehen müssen. — Diese Entlassungen sind die Auswirkungen der katastrophalen Fahrpreiserhöhungen, die von der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der sozialdemokratischen „Arbeiterführer" beschlossen wurden. Es ist selbstverständlich, je höher die Fahrpreise, um so geringer die Benutzung der Straßenbahn. Je geringer aber die Benutzung, um so weniger Wagen verkehren und um so weniger Personal wird gebraucht. Die **Leidtragenden der Katastrophenpolitik der Senk und Wiersich samt dem Bürgertum sind letzten Endes die Straßenbahner.**

Auch beim städtischen Marstall

sollen mehr als 70 Arbeiter entlassen werden, und die Sozialdemokraten tun dagegen nichts anderes, als in der Stadtverordnetenversammlung zu protestieren. Es werden

überall Massenentlassungen

vorgenommen, weil die sozialdemokratischen Stadtverordneten gemeinsam mit den Bürgerlichen beschlossen haben, die Zahl der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Angestellten um 10 Prozent zu verringern. **Die Sozialdemokraten haben das beschlossen, obwohl sie genau wußten, welch grenzenloses Elend die Arbeitslosigkeit den städtischen Arbeitern bringen wird.**

Erst in der letzten Stadtverordnetenversammlung erklärte der **Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Wiersich** mit brutaler Offenheit:

„Man muß denen, die jetzt arbeitslos werden, sagen, daß sie Ostern noch arbeitslos sind."

Obwohl Herr Wiersich also weiß, was den Arbeitern droht, unternimmt er nichts zur Abwehr.

Die Sozialdemokraten heucheln,

daß sie den Arbeitern Hilfe bringen wollten. Sie erklärten im Stadtparlament, daß die 70 Arbeiter aus dem Marstall nicht entlassen werden dürfen, während sie zur selben Zeit dafür eintreten, daß für alle diejenigen, die jetzt zur Entlassung kommen müssen, im Winter hinreichend gesorgt wird, damit „Ruhe und Ordnung" erhalten bleibt! Wie reimt sich das zusammen? Und was wird aus den entlassenen Straßenbahnern und all den anderen städtischen Arbeitern, die noch entlassen werden.

Aber noch mehr hat man mit der Straßenbahn vor. Der sozialdemokratische Stadtrat Senk ließ in der Generalversammlung am 3. Oktober d. Js. durchblicken, daß

die Straßenbahn entkommunalisiert

werden soll. Wir selbst berichteten schon darüber und bis heute hat sich noch niemand gefunden, der uns berichtigt hätte. Die Entkommunalisierung der Straßenbahn ist also beschlossene Sache.

Um sie der Industrie schmackhaft zu machen, hat

die Stadt Millionen ausgeworfen.

Aus den Taschen der Breslauer Steuerzahler (d. h. der Arbeiter) und besonders auf Kosten der Straßenbahner sind alle baulichen Mängel bei der Straßenbahn beseitigt.

Die Unterbaue der Straßenbahnwagen sind in Ordnung, fast alle schlechten Schienen sind ausgebessert, die Oberleitungen sind Kupferdraht, Motor- und Anhängewagen befinden sich in bestem Zustande, sehr viele neue Motoren sind eingebaut, in Grünziche stehen viele, viele neulackierte Motorwagen plombiert.

Jetzt will man die Straßenbahn den Privatkapitalisten zum Geschenk vermachen.

Was wird die Privatisierung der Straßenbahn den Arbeitern und Angestellten derselben bringen? Es ist ganz selbstverständlich, eine privatkapitalistische Gesellschaft übernimmt die Straßenbahn nur um des Profites willen. Dieser soll

aus den Knochen der Straßenbahner

gepreßt werden. Wie tief die Lage der Straßenbahner bei einer Privatisierung sinken wird, dafür gibt die Gräbschener Straßenbahn ein Beispiel. Dort beträgt das Höchstgehalt mit Führerzulage für einen verheirateten Angestellten mit 2 Kindern monatlich 9500—9600 Mark!

Das ist der Segen der Privatisierung der Straßenbahn, wie sie die Sozialdemokraten herbeiwünschen.

Weitere Kämpfe der städtischen Arbeiter.

Nicht nur gegen Massenentlassungen und Entkommunalisierung der Straßenbahn müssen die städtischen Arbeiter kämpfen. Sie müssen ebenso wie alle anderen Arbeiterschichten den Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz führen. Die Löhne der städtischen Arbeiter und die Gehälter der Angestellten wurden bisher nach dem städtischen Index vom Lohnamte festgesetzt, das

vom Sozialdemokraten Wiersich geschaffen

worden ist. Es hat aber im Verhältnis zu der Teuerung so minimale Lohnsätze errechnet, daß die Arbeiter mit Recht fordern, vom Lohnamt loszukommen. Den Charakter des Lohnamtes hat der Oberbürgermeister Dr. Wagner in der letzten Stadtverordnetensitzung treffend gekennzeichnet. Er führte aus:

„Das Lohnamt ist von Herrn Wiersich geschaffen, und ich kann nicht sagen, daß der Magistrat schlecht dabei gefahren ist."

Aber die städtischen Arbeiter sind schlecht dabei gefahren! Kann besser, als durch diese Worte des Oberbürgermeisters gezeigt werden, daß der **Sozialdemokrat und Gewerkschaftsführer Wiersich Bütteldienste gegen die Arbeiter geleistet hat?**

Der Kampf ist unvermeidlich.

Am Montag fand eine Funktionärversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt. In dieser Versammlung — in der in großer Mehrzahl sozialdemokratische Arbeiter anwesend waren — wurde einstimmig die Parole

Los vom Lohnamt

beschlossen und, da die Instanzenwege erschöpft sind, bestimmt, der Generalversammlung

den Kampf zu empfehlen.

Die Funktionäre haben so beschlossen, weil nachgewiesenerweise das Lohnamt zu niedrige Sätze berechnet hat. **So haben die Funktionäre der Gemeindearbeiter selbst den Kampf gegen den Sozialdemokraten Wiersich beschlossen.**

Arbeiter und Angestellte der städtischen Betriebe! Es bleibt euch keine Wahl!

Entweder: Ihr nehmt den Kampf gegen die Maßnahmen des Magistrats und der willfährigen Stadtverordneten unverzüglich auf,

oder aber der Magistrat wirft mit Hilfe der sozialdemokratischen Stadtverordneten einen Teil von euch auf die Straße und schnürt den anderen die Kehle zu!

Noch ist es Zeit! Zwingt die sozialdemokratischen Stadtverordneten, das Vorhaben des Magistrats zu vereiteln!

Aber verlaßt euch nicht auf sie! Verhindert selbst den Feldzug gegen eure Interessen durch euern Kampf!

Genug des Wartens!
Genug des Führerverrats!
Jetzt müßt Ihr kämpfen!

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

17]

Die alten Rippen traten immer schärfer hervor, wie wenn der Schmutz, der sich seit Jahrzehnten in den Eingeweiden dieses Bauwerks angesammelt hatte, nicht mehr in ihm Platz hätte und es auseinandertriebe. Ganz und gar vom Elend durchtränkt, immer nur von wüstem Lärm und gramvollen, trunkenen Liedern erfüllt, beständig zerstampft und durch Fußtritte mißhandelt, vermochte dieses Haus nicht länger sein Leben zu fristen und zerfiel langsam, indem es mit den trüben Glasaugen traurig in Gottes Welt hinausschaute.

„Ach," begann der Schuster, „die alte Bude wird bald zusammenkrachen, und der ganze Krempel wird auf der Erde herumkollern. Und wir, die wir drin wohnen, gehen in alle Winde ... Neue Löcher werden wir uns anderwärts suchen ... Wir werden schon welche finden, nicht schlechter als diese hier. Ein ganz neues Leben wird dann beginnen: andere Fenster: andere Türen werden wir haben, sogar andre Wanzen werden uns beißen! ... Wenn's nur recht bald wäre! Hab' ihn schon über, den Schweinekoben hier ... wenn man sich schließlich auch dran gewöhnt hat. Hol's der Teufel!"

Aber der Traum des Schusters sollte sich nicht erfüllen. Das Haus krachte nicht zusammen, sondern wurde von dem Büfettier Petrucha gekauft. Sobald der Kauf perfekt geworden war, kroch Petrucha zwei Tage lang in allen Ecken und Winkeln herum und befühlte und untersuchte den alten Rumpelkasten an allen Enden. Dann wurden Ziegelsteine und Bretter angefahren, das Haus ward mit einem Gerüst umgeben, und drei Monate lang hintereinander ächzte und bebte es unter den Axtschlägen der Werkleute. Es wurde daran herumgesägt und herumgehackt, Nägel wurden eingeschlagen, alte Rippen wurden unter lautem Krachen und Aufwirbeln von Staub herausgebrochen und neue dafür eingesetzt, und zu guter Letzt wurde um die alte Bude eine Bretterverkleidung gelegt, nachdem ihre Fassade um einen neuen Anbau verbreitert worden war. Unterzogen und breit ragte das Haus jetzt über den Erdboden empor, gerade und fest, wie wenn es neue Wurzeln tief in ihn hineingetrieben hätte. An seiner Fassade, ganz unter dem Dach, hatte Petrucha ein großes Aushängeschild anbringen lassen, das in Goldlettern auf blauem Grunde die Aufschrift trug:

„Fröhlicher Zufluchtsort der Freunde des P. J. Filimonow."

„Und inwendig ist es doch durch und durch verfault," meinte Persischka spöttisch.

Ilja, zu dem er seine Bemerkung machte, lächelte verständnisinnig. Auch ihm erschien das Haus nach seinem Umbau als ein großer Betrug. Er erinnerte sich Paschkas, der jetzt irgendwo an einem anderen Orte lebte und ganz andere Dinge sah. Auch Ilja träumte, wie der Schuster, von andren Fenstern, Türen, Menschen ... Jetzt ward es im Hause noch ungemütlicher, als es früher gewesen. Die alte Linde war der Axt zum Opfer gefallen, der trauliche Winkel in ihrem Schatten war verschwunden und auf dem Platze ein neuer Anbau entstanden. Auch die übrigen Lieblingsplätzchen, an denen die Kinder früher plaudernd zusammengesessen hatten, waren nicht mehr vorhanden. Nur an der Stelle, wo früher die Schmiede gestanden, hinter einem großen Haufen von Spänen und modrigem Holz, war ein stilles Plätzchen geblieben. Aber dort zu sitzen, war nicht geheuer — man hatte immer das Gefühl, als ob unter dem Holzhaufen Sfaweis Weib mit dem zerschmetterten Schädel läge.

Petrucha hatte für Onkel Terentij eine neue Wohnung bestimmt — es war ein kleines Zimmerchen neben der großen Schenkstube. In diesem Raum drang durch den dünnen, mit grünen Tapeten beklebten Bretterverschlag der ganze Lärm der Schenke samt dem Branntweindunst und dem Tabaksqualm herein. Es war sauber und trocken in Terentij's neuer Kammer, und doch war es unbehaglicher darin als in dem Keller. Das Fenster ging auf die graue Wand des Schuppens hinaus, die Himmel und Sonne und Sterne verdeckte, während man alles das aus dem Fenster des Kellers, wenn man davor niederkniete, ganz bequem sehen konnte.

Onkel Terentij kleidete sich fortan in ein fliederfarbiges Hemd, über dem er ein Jackett trug, das an ihm wie über eine Kiste gespannt hing. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend steckte er jetzt hinter dem Büfett. Er sprach nun alle Leute nur noch mit „Ihr" an, redete im übrigen nur wenig, in abgerissener trockener Weise, wie wenn er bellte, und schaute seine Kunden hinter dem Büfett hervor mit den Augen eines treuen Hundes an, der das Gut seines Herrn bewachte. Für Ilja kaufte er eine graue Tuchjacke, Stiefel, Paletot und Mütze, und als der Knabe diese Sachen zum ersten Male anzog, fiel ihm wieder lebhaft der alte Lumpensammler ein. Er sprach mit dem Onkel fast gar nicht, und sein Leben verlief einförmig und still. Und obschon die eigentümlichen, unkindlichen Gefühle und Gedanken, die in ihm aufgekeimt waren, seinen Geist beschäftigten, so lastete doch auf ihm der Druck einer erstickenden Langeweile. Immer häufiger mußte er an das Dorf zurückdenken. Jetzt schien es ihm ganz klar und deutlich, daß es sich dort besser lebte. Es war dort alles stiller, einfacher, verständlicher. Er erinnerte sich der dichten Wälder von Kerschenez und der Erzählungen Onkel Terentijs von dem Einsiedler Antipa, und der Gedanke an Antipa rief in ihm die Erinnerung an einen anderen Einsamen wach: an Paschka. Wo war er nur? Vielleicht war er gleichfalls in die Wälder geflüchtet, hatte sich da eine Höhle gegraben und lebte darin. Der Sturmwind braust durch den Wald, die Wölfe heulen. Es ist so schauerlich und doch auch so schön anzuhören. Und im Winter, bei Sonnenschein, blitzt dort alles wie Silber, und es ist so still, so still, daß man gar nichts hört außer dem Knirschen des Schnees unter den Füßen, und wenn man unbeweglich stehen bleibt, vernimmt man nichts weiter als das Klopfen des eigenen Herzens.

Und in der Stadt ist's immer so wüst und geräuschvoll, und selbst die Nacht ist vom Lärm erfüllt. Die Menschen singen Lieder, schreien nach der Polizei, skandalieren, Droschken fahren hin und her und machen mit ihrem Gerassel die Fensterscheiben erzittern. Auch in der Schule war ein solcher Lärm, die Knaben schrieen und trieben allerhand Unfug. Und die Großen auf den Gassen brüllten und schimpften prügeln sich und sind betrunken. Und nicht nur Unruhe verursacht alles das — bisweilen ist es geradezu entsetzlich. Die Menschen sind hier alle wie von Sinnen, die einen sind Betrüger, wie Petrucha, andere böse und zornig, wie Sfawel, und wiederum andere so jammervoll elend, wie Persischka, oder Onkel Terentij, oder auch Matiza ... Ganz besonders betroffen und aufgebracht war Ilja über das häßliche Benehmen, das der Schuster neuerdings an den Tag legte.

Eines Morgens, als Ilja sich für die Schule fertig machte, kam Persischka in die Schenke. Ganz zerzaust, unausgeschlafen und schweigsam stand er am Büfett und schaute Terentij an. Sein linkes Auge zuckte beständig und blinzelte, seine Unterlippe hing in ganz seltsamer Weise herab. Onkel Terentij sah ihn an, lächelte und goß ihm ein Gläschen zu drei Kopeken ein, die gewöhnliche Morgenportion Persischkas. Persischka nahm mit zitternder Hand das Glas und goß es in die Kehle, schmatzte jedoch nicht dazu, bestätigte auch die Güte des Getränks nicht, wie sonst, durch einen Fluch und vergaß sogar, den üblichen Bissen dazu zu nehmen. Wiederum schaute er dann in ganz merkwürdiger Weise mit dem linken zuckenden Auge auf den neuen Büfettier, während das rechte trüb und unbeweglich war und gar nichts zu sehen schien.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschafts-Bewegung.

Der DLV. droht mit weiteren Ausschlüssen.

Das Organ des DLV. „Der Landarbeiter" nimmt in seiner Nummer 17 Stellung zu der Betriebsräte-Bewegung. In langen Ausführungen müht es sich ab, zu zeigen, daß das Vorgehen der Betriebsräte die er mit den Kommunisten identifiziert, ein Unsinn ist und nur der Aktion der Gewerkschaften gegen die Teuerung in den Rücken fällt. Der Landarbeiter schreibt:

„Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Teuerung. (?) Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Linderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Gesundung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten."

Bei den Federfüchsen im Organ des DLV. weiß offenbar der eine nicht, was der andere schreibt. In einem vorhergehenden Artikel derselben Nummer wird die Teuerungsaktion des ADGB. folgendermaßen charakterisiert:

„Wieweit die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geforderten Maßnahmen eine Eindämmung des preissteigernden Zustandes bewirken werden, steht noch dahin."

Also der Kampf des ADGB. gegen die Teuerung besteht darin, daß der Regierung Vorschläge gemacht wurden, die — nebenbei gesagt — völlig ungenügend sind. Die Regierung hat sich aber bis jetzt noch nicht genötigt gefühlt, selbst diese Vorschläge in die Tat umzusetzen, wohl aus dem Grunde, den „Der Landarbeiter" wiederholt betont, weil die Regierung keine Macht dazu hat. Damit ist der Bankerott der Teuerungsaktion des ADGB. gekennzeichnet. Die Feststellung dieser Tatsachen nennt „Der Landarbeiter" die schäbigsten und kümmelhaftesten Angriffe gegen die Führer der freigewerkschaftlichen Organisationen. Und trotz des selbst eingestandenen Bankerotts der Amsterdamer Gewerkschaftsführer im Kampfe gegen die Teuerung wird in dem vom Verbandsvorstand stammenden Artikel in demagoger Weise gegen die, die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Teuerung aufrufenden Betriebsräte Stellung genommen. Und jeder, der sich mit dem Vorgehen der Betriebsräte solidarisiert, wird mit dem Ausschluß bedroht. Es heißt in genanntem Artikel:

„Für Leute, denen die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, kann und darf in unseren Reihen kein Platz sein. Wer dennoch entgegengesetzter Auffassung ist, wird die Konsequenzen seiner Handlungsweise auf sich nehmen müssen."

Damit proklamiert Georg Schmidt die Spaltung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Dem gemeingefährlichen Spiel dieser Gesellen müssen alle freigewerkschaftlich organisierten Landarbeiter energisch entgegentreten.

Lokales.

Breslau.

Lokalhymne

der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen.

Melodie: „Der Sandmann ist da."

Wer hilft dem Magistrat?
Wer hilft dem Magistrat?
Der braucht sehr vieles, vieles Geld
und damit ist's sehr schlecht bestellt.
Wer hilft dem Magistrat?

Oh armer Magistrat!
Oh armer Magistrat!
Es findet sich kein Dummer ein
und niemand will sein Geld Dir leih'n.
Oh armer Magistrat!

Hurra, die Hilf' ist da!
Hurra, die Hilf' ist da!
Wir nehmen jetzt den Bettelstab
und klopfen alle Häuser ab.
Hurra, die Hilf' ist da!

Die Hilfe reicht nicht aus!
Die Hilfe reicht nicht aus!
Es steigt das große Defizit
und hält selbst mit dem Dollar Schritt.
Die Hilfe reicht nicht aus!

Was sollen wir nun tun?
Was sollen wir nun tun?
Wir klugen in dem Parlament
wir sind mit unserer Kunst am End'.
Was sollen wir nun tun?

Es gibt noch einen Weg!
Es gibt noch einen Weg!
Gib ein Prozent, Du Arbeitsmann,
von Deinem Lohn, krepier daran!
Das ist der beste Weg!

Babi

† **Die Markthallen** werden von nun ab, entgegen der früher erfolgten Festsetzung, an folgenden Stunden offengehalten: Im Oktober und April von 6 bis 8 Uhr, vom 1. November bis 31. März von 6½ bis 8 Uhr, vom 1. Mai bis 30. September von 5 bis 7 Uhr morgens.

† **„Nicht zweckmäßig".** Versuche mit einem neuen Anstrich der Straßenbahnwagen werden in diesen Tagen durchgeführt. Die bisher angewandte rote Farbe hat sich als nicht besonders zweckmäßig erwiesen. Es ist daher einer der neuen Anhängewagen probeweise mit hellgelber Farbe angestrichen worden, die sich überall dort, wo sie bereits eingeführt ist, gut bewährt hat. Von dem Ergebnis des Versuches wird es abhängen, ob auch für die anderen Wagen der städtischen Straßenbahn, soweit sie eines Neuanstrichs bedürfen, dieselbe Farbe gewählt wird. Weshalb hat sich die rote Farbe nicht als „besonders zweckmäßig erwiesen?" Wohl weil das Rot auf eine gewisse zweibeinige Tiergattung sehr beunruhigend wirkt? Sicher wird das Gelb in dieser Beziehung zweckmäßig sein. Aber ebenso sicher wird der neue Anstrich der Stadt einen schönen Batzen Geld kosten.

Gesperrt wird wegen Instandsetzungsarbeiten die Brücke zwischen Mauermühle 1 und 2 auf die Dauer von drei Wochen für Fuhrwerk und Reiter.

Erhöhte Rentenbezüge für Kriegsbeschädigte zc.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten zc. schreibt uns: Durch Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium ist es gelungen, für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine allgemeine Erhöhung der Rentenbezüge zu erwirken.

Die Teuerungszulage nach Paragraph 87 wird von 85 auf 170 Prozent erhöht. Das entspricht einer Verdoppelung der Gesamtbezüge. Da diese Erhöhung mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 eintritt, gelangt am 1. November der dreifache Betrag zur Auszahlung. Die Pflegezulage soll eine weitere Erhöhung erfahren. Eine weitere allgemeine Erhöhung über den 1. November hinaus ist nicht direkt abgelehnt worden.

Die Teuerungszuschüsse werden rückwirkend vom 1. Oktober 1922 wie folgt erhöht:

		Nachzahlung:
Kriegsbeschädigte von 50 bis 80 Prozent . . .	2000 M.	800 M.
„ mit mehr als 80 Prozent . .	3000 „	1200 „
„ die nur auf die Rente angewiesen sind	4000 „	1600 „
Witwen	2000 „	800 „
Witwen, die nur auf Rente angewiesen sind ,	3000 „	1200 „
Halbwaisen	1000 „	400 „
Vollwaisen	1250 „	500 „
Ein Elternteil	1500 „	600 „
Beide Elternteile	2500 „	1000 „
Empfänger eines Uebergangsgeldes, Hausgeldes, einer Witwenbeihilfe	2000 „	800 „
Kinderzuschuß der Schwerbeschädigten und Empfänger eines Haus- od. Uebergangsgeldes	900 „	375 „

Die Einkommensgrenzen werden mit Wirkung vom 1. November erhöht. Auf Antrag des Reichsbundes soll jedoch in Erwägung gezogen werden, den auf Grund der erhöhten Einkommensgrenzen neu hinzukommenden Empfängern bei der Novemberzahlung den Zuschuß für Oktober nachzuzahlen. Ebenso ist eine weitere Erhöhung des Zuschusses für die Vollwaisen in Erwägung gezogen.

Wirklich fabelhafte hohe Teuerungszuschüsse. Den Kriegsopfern wird dabei nur nicht gesagt, was sie denn mit 1600 Mark anfangen sollen? Sich etwa einen warmen Mantel für den Winter kaufen? Der kostet ja das Zehnfache. — Die Erhöhungen muten wie ein Hohn auf die Lage der Kriegsopfer an. Sie bringen keine, auch nicht die geringste Besserstellung der Kriegsbeschädigten etc. Darin erwächst diesen die Pflicht — wollen sie nicht Elend zugrunde gehen — sich dem Kampf der Arbeiterklasse um den Betriebsrätekongreß als ersten Ansturm gegen das Elend anzuschließen.

Waldenburg-Altwasser.

Kombinierte Mitgliederversammlung der KPD. Waldenburg und Altwasser. Genosse Reichel eröffnete die Versammlung mit dem Proletarierliede: Wer schafft das Gold zutage. Danach erhielt der Gen. Kintscher das Wort zu dem Bericht vom Bezirksparteitage. Er schilderte vortrefflich die dort geleistete Arbeit. Das verflossene Jahr war reich an Ereignissen, denen die Partei in allen Fällen gewachsen war und die unseren Einfluß außerordentlich gestärkt haben. Es schloß sich eine sehr lebhafte Diskussion an. Genosse Kamport sprach für die ausgeschlossenen Genossen, die zur Union gingen. Mit dem Schiedsgericht sei seitens der Bezirksleitung den Genossen nicht voll Rechnung getragen worden. Genosse Demski sprach über Maßnahmen zum Schutze der Republik, die sich gegen uns Arbeiter auswirken, und kritisierte den Rausschmiß aus den freien Gewerkschaften. **Jeder Kommunist muß sich bestreben, in den Gewerkschaften tätig zu sein und zu verbleiben.** Gen. Franz betonte, daß unsere Arbeit erfolgreich sein wird, wenn wir nur sicher den Massen mit Taten vorangehen. Genossin Schönfelder wies auch hin auf die 15 Genossen aus Dittersbach. Genosse Patzel besprach die Frage des Orientkonfliktes. Genosse Reichel faßte den ersten Punkt zusammen: Einheitliche, praktische Arbeit, um die Massen zu gewinnen und aus dem Chaos herauszukommen. Zum 2. Punkt: Frauenbericht, sprach Genossin Jahn. Sie schilderte, welche Stellung jede Frau zur Not und Teuerung einnehmen muß. Sie schilderte auch, daß zahlreiche Kinder diesen Winter der Schule fernbleiben müssen, weil sie keine Schuhe, Wäsche und Kleidung haben. Die §§ 218—220 müssen beseitigt werden. Rege Agitation müssen wir unter den Frauen betreiben, überall, wo sich nur Möglichkeit bietet. Zur Finanzierung des Bezirks wurde das beschlossene Notopfer gutgeheißen. Jeder Ortsgruppe ist freigestellt, den Mittellosen, deren wirtschaftliche Lage am schlechtesten ist, den Satz zu mildern. Zur Revolutionsfeier wurde ferner Stellung genommen. In später Stunde wurde nach viereinhalbstündiger Dauer die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Arbeitersportler. Am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr im Minoritenhof, Schloßplatz, beginnt ein neuer Esperantokursus. Esperanto ist die Korrespondenzsprache der Sportinternationale. Die 2. Turnerinnenabteilung der Freien Turnerschaft ist die Veranstalterin des Kursus und ladet alle dem Sportkartell angeschlossenen Vereine zur Teilnahme ein. Ausweis ist mitzubringen. Gebühren und Lehrmittel für alle über 18 Jahre alten Mitglieder 150 Mk. Jugendliche von 14—18 Jahren 110 Mark. Für die Knaben und Mädchen der Vereine beginnt der neue Kursus am Dienstag, den 24. Oktober. Näheres wird am Sonnabend durch die Arbeiterzeitung mitgeteilt.

2. Turnerinnenabteilung.

Schauspielhaus. [illegible]

Dienstag, Freitag, Sonntag 7½ Uhr: **Die beiden Nachtigallen.**

Mittwoch 7½ Uhr: **Die Bajadere**

Donnerstag und Sonnabend, 7½ Uhr in neuer Vorbereitung: **Ein Walzertraum**

Sonnt. nachm. 3½ Uhr: **Der Rattenfänger**

Liebich-Theater.

Täglich 7½ Uhr: **Das grosse Oktober-Programm**

Zeltgarten

Täglich 8 Uhr **Das grosse Varieté-Programm.**

Genosse werbe für Dein Partei-Organ!

Für unsere Abtlg. Buchhandlung suchen wir einen äußerst tüchtigen und zuverlässigen

Buchhändler(in)

Derselbe muß imstande sein, die Buchhandlung selbständig zu leiten, für diese in den Ortsgruppen progagandist. Tätigkeit zu entwickeln und das sich im Bezirk Schlesien entwickelnde Bibliothekswesen auf die Höhe zu bringen.

Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft.

Ang. an die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schles. e.G.m.b.H., Breslau, Nikolaistr. 49/50

K ★ P ★ D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Nehmen alle Mitglieder der Gesellschaft am Klassenkampfe teil?

Der Klassenkampf wird von den zwei in ihren Interessen sich völlig entgegenstehenden Klassen (der Bourgeoisie und dem Proletariat) geführt. Trotzdem wird ein jedes Glied der Gesellschaft, auch wenn es keiner dieser beiden Klassen angehört, infolge seiner unlöslich wirtschaftlichen, politischen Verbundenheit und gleicher Weltanschauung mit ihnen in diesen Kampf hineingezogen. Bewußt oder unbewußt hilft es der einen oder der anderen der beiden kämpfenden Klassen. Es siegt mit der siegenden oder fällt mit der besiegten Klasse, gleichgültig, ob es vermeinte nur Zuschauer zu sein, oder ob es tätig kämpfend mit teilgenommen hat.

Aus „Das kommunistische Einmaleins".

Bezirksleitung.

Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8887. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postscheckkonto Breslau 58864, Alfred Oelßner.

Unterbezirk Breslau.

Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Josef König.

Frauen-Mitgliederversammlung am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichsfrauenkonferenz. 2. Bericht von der Bezirksfrauenkonferenz. 3. Organisatorisches. 4. Verschiedenes. Alle Genossinnen müssen unbedingt erscheinen!

Achtung! Donnerstag, den 19., abends 7 Uhr, treffen sich **sämtliche kommunistischen Betriebsräte** im Parteibüro. Erscheinen ist Pflicht.

Distrikt 5 (Pöpelwitz). Freitag, den 20. d. Mts., findet bei Bräuer, Pöpelwitzstraße, eine äußerst wichtige Distriktsversammlung statt. Referent ist anwesend.

Distrikte 7 und 8. Am Freitag, den 20. d. Mts., 7½ Uhr, Weinstraße 22, „Zum Eisenhammer", Distrikts- und Zahlabend. Genosse Gierschner spricht über das Thema: „Internationale und Klassenkampf." Alle Parteigenossen müssen unbedingt erscheinen.

Distrikt 9. Freitag, den 20. d. Mts, abends 7½ Uhr, Gellhornstraße 21: Außerordentliche Distriktsversammlung, zu der jeder Genosse(in) zu erscheinen verpflichtet ist.

Distrikt 13. Freitag, abends 7½ Uhr, Zobtenstraße 26: Distriktsversammlung. Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Klein-Tschansch. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Mühmel. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Referent ist anwesend.

Heim Liebknecht, Steinstraße. Am Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 Uhr: Vortrag über die „Reichs-Betriebsrätekonferenz". Referent Gen. Kuhlau. Der Wichtigkeit des Vortrages halber ist es Pflicht eines jeden Jugendgenossen(in), zu erscheinen. Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Heim Luxemburg, Brockauer Straße 12/14 (Schule), Mittwoch, den 18. Oktober, findet der Holzabend statt. Es ist Pflicht eines jeden Jugendgenossen(in), an dieser Veranstaltung beizuwohnen. Sympathisierende und Gäste herzlich willkommen.

Achtung, Jugendfunktionäre! Am Freitag, den 20. Oktober hat jeder Funktionär sowie jeder Zehnergruppenführer im Schulgebäude, Minoritenhof 3/5, um 7 Uhr, zu erscheinen.

Achtung! Parteigenossen(in) und klassenbewußte Eltern, schickt am Mittwoch, den 18. Oktober, im Schulhaus Brockauer Straße 12-14, eure Kinder in die Kindergruppe zu **einer proletarischen Unterhaltung.** Nachmittags von 5—7 Uhr.

Der Sprechchor übt am Donnerstag in der Minoritenschule. Alle Beteiligten müssen anwesend sein.

Unterbezirk Waldenburg.

Büro: Gottesberg, Langestraße Nr. 1: F. Melzer.

Landeshut. Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne" Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitage, Revolutionsfeier und Kommunales. Alle Genossen, Genossinnen u. Sympathisierende sind eingeladen.

Peterswaldau. Donnerstag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des Herrn Petrausch eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Melzer wird über das Thema: „Der Reichs-Betriebsrätekongreß, seine Wichtigkeit und Einberufung" sprechen. Die Genossen haben für diese Versammlung Propaganda zu machen.

Bolkenhain. Freitag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Grünen Baum". Wichtige Tagesordnung. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Zeitungsleser und Sympathisierende willkommen. Referent ist anwesend.

Peterswaldau. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, bei Klette, Mittel-Peterswaldau: offene Mitgliederversammlung. Zeitungsleser und Sympathisierende sind herzlich willkommen.

Kreise Waldenburg und Gottesberg. Am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in „Friedenshoffnung", Nieder-Hermsdorf, eine Konferenz aller Gewerkschaftsfunktionäre der KPD. statt. Vertreter der Betriebsfraktionen haben ebenfalls zu erscheinen. Die Genossen Melzer und Reichelt erstatten Bericht.

Ober-Hermsdorf. Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, in Elters Restaurant, Mitgliederversammlung.

Ober-Hermsdorf. Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 2 Uhr (pünktlich), findet in Ober-Hermsdorf, Elters Restaurant, eine **öffentliche Jugendversammlung** statt. Referent: Genosse Vogt aus Waldenburg, spricht über das Thema: „Das Elend der arbeitenden Jugend."

Agitationsbezirk Langenbielau.

Folgende Versammlungen finden statt:

Donnerstag: Peterswaldau 8 Uhr. Thema: Der Reichsbetriebsrätekongreß u. seine Aufgaben und die Stellung der Gewerkschaften.

Rote Landwoche! Oeffentliche Versammlungen finden statt:

Donnerstag:	Peilau (Referent Gräf)	Näheres Anschlagsäulen.
Sonnabend:	Friedrichshain	
Sonntag:	Lampersdorf	
Sonntag:	Hebendorf	

Langenbielau. Die Uebung des Sprechchors findet nicht am Sonnabend, sondern nur am Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Dinter, im Saale statt. Alle Beteiligten müssen bestimmt anwesend sein.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräf; Inserate: Max Kitscher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in [illegible]